



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Peter Lehnert (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Lärmschutz im Zusammenhang mit dem Betrieb des Flughafens Fuhlsbüttel

1. Zu welchen Schlüssen kommt das Lärmgutachten von Prof. Dr. Guski/Universität Bochum bzw. was sind die wesentlichen Inhalte?

Das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr hat intensive Gespräche mit der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg geführt, um eine gerechtere Verteilung der Flugbewegungen im Bereich des Verkehrsflughafens Hamburg-Fuhlsbüttel zu erreichen. In diese Gespräche sind die vom Fluglärm betroffenen schleswig-holsteinischen Gemeinden und die Bürgerinitiative "Interessengemeinschaft Flugschneise Nord" und Vorschläge des Lärmforschers Prof. Guski von der Universität Bochum einbezogen worden. Prof. Guski hatte aufgrund von Erkenntnissen aktueller Lärmwirkungsforschung gestaffelte Zuschläge für die für Schleswig-Holstein besonders kritisch belasteten Tagesrandzeiten angeregt. Dadurch sollte die tatsächliche Mehrbelastung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung verdeutlicht werden. Ein Lärmgutachten hat Prof. Guski in diesem Verfahren nicht erstellt.

2. Seit wann liegt der Landesregierung das Gutachten vor?

Prof. Guski hat den Vorschlag erstmals am 6. Februar 2000 und nach Einarbeitung von Änderungen auf Anregung der "Interessengemeinschaft Flugschneise Nord" am 6. März 2000 in geänderter Fassung vorgelegt.

3. Welche Konsequenzen wurden bisher ggf. aus dem Gutachten gezogen?

Am 27. April 2000 wurde der Wirtschaftsbehörde auf einer erneuten Sitzung der Vorschlag Prof. Guskis zur Stellungnahme übergeben. Am 20. Juni 2000 von der Wirtschaftsbehörde gestellte Verständnisfragen wurden am 4. September 2000 beantwortet. Eine abschließende Antwort auf den Vorschlag nach einer besonderen Bewertung der Tagesrandzeiten steht noch aus.

4. Wie ist der Stand der diesbezüglichen Gespräche zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg?
Wann fanden die Gespräche bisher statt?

Siehe Antworten zu Fragen 1 bis 3.

Am 13. Dezember 1999, 26. Januar 2000, 17. Februar 2000 (ohne Wirtschaftsbehörde) und 27. April 2000 sind Gespräche ausschließlich zu diesem Thema durchgeführt worden. Daneben ist bei einer Vielzahl von Treffen mit der Leitung der Wirtschaftsbehörde immer wieder die Gelegenheit genutzt worden, die angestrebte Aufhebung bzw. Neuregelung der strittigen Bahnbenutzungsregelung anzusprechen.

Eine abschließende Stellungnahme der Wirtschaftsbehörde wird Anfang des kommenden Jahres erwartet.